

DIE AGENDA 2030 MUSS ZUM LEITPRINZIP DEUTSCHER POLITIK WERDEN

Stellungnahme anlässlich des Freiwilligen Staatenberichts Deutschlands 2021

Vor fast sechs Jahren haben die Vereinten Nationen die Agenda 2030 verabschiedet. Die beteiligten Länder haben darin ihre Absicht formuliert, bis 2030 die Welt zum Besseren zu verändern, indem sie weltweit Hunger und Armut, Klimawandel und Ressourcenverbrauch gemeinsam bewältigen und dabei niemanden zurücklassen. Auch Deutschland hat sich diesem historischen Vorhaben verpflichtet. Im Rahmen des freiwilligen Staatenberichts (VNR) vor dem Hochrangigen Politischen Forum für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen (HLPF) im Juli 2021 stellt die Bundesregierung nun ihre Fortschritte vor. Wir begrüßen, dass VENRO die Möglichkeit erhält, mit dem vorliegenden Dokument, das im Anhang des VNR veröffentlicht wird, ebenfalls Stellung zur Umsetzung der Agenda 2030 zu beziehen.

Die weltweite Bilanz zur Umsetzung der Agenda 2030 ist verheerend

Die aktuelle Bilanz fällt verheerend aus. Die Ungleichheit in und zwischen Staaten nimmt zu. Die Corona-Pandemie hat den Trend weiter verschärft. Sie trifft vor allem ohnehin schon marginalisierte und vulnerable Bevölkerungsgruppen besonders hart. Nach Angaben der Vereinten Nationen sind allein im Jahr 2020 zusätzlich bis zu 124 Millionen Menschen in extreme Armut abgedrängt worden. Auch die Zahl der Menschen, die an chronischem Hunger leiden, ist gestiegen. Die Vereinten Nationen schätzen, dass in 2020 83 bis 132 Millionen

mehr Menschen davon betroffen waren als im Vorjahr. Viele Gesundheitssysteme sind völlig unzureichend ausgestattet, mehr als die Hälfte der Bevölkerung weltweit hat keinen Zugang zu sozialen Sicherungssystemen. Zugleich schreiten die Umweltzerstörung und der Klimawandel in alarmierendem Ausmaß voran. Überschwemmungen, Dürren und Wirbelstürme richten weltweit große Schäden an. Vor allem einkommensschwache Länder können die Folgen der multiplen Krisen immer weniger auffangen. Die Anzahl überschuldeter und zahlungsunfähiger Staaten droht einen neuen Höchststand zu erreichen.

Die Bundesregierung hat in den letzten Jahren wichtige Schritte unternommen, um nachhaltige Politik zu fördern und für das Thema Nachhaltigkeit zu sensibilisieren. Der deutsche Staatenbericht gibt hier einen guten Einblick. Die unternommenen Anstrengungen werden den Dimensionen der globalen Herausforderungen allerdings nicht gerecht. Es mangelt vor allem an politischer Kohärenz, an einer umfassenden globalen Ausrichtung der Aktivitäten sowie an der Berücksichtigung der negativen externen Effekte (spillover effects) deutschen Handelns auf eine global nachhaltige Entwicklung. Es ist dringend an der Zeit, globale wirtschaftliche und soziale Ungleichheit stärker zu bekämpfen und die Agenda 2030 zum Leitprinzip deutscher Politik zu machen, denn hier bleibt Deutschland zu weit hinter dem zurück, was nötig und auch möglich wäre. Konkret geht es vor allem darum, in Krisenzeiten global solidarisch zu handeln

und zugleich die strukturellen und systemischen Ursachen der Krisen konsequent anzugehen.

Die Politik muss Solidarität mit den Menschen im globalen Süden zeigen

Die Corona-Pandemie macht unmissverständlich deutlich, dass sich globale Krisen nicht einzelstaatlich bewältigen lassen. Eine drängende Herausforderung ist die gerechte Verteilung der Covid-19-Impfstoffe. Auch die Folgen der Pandemie müssen solidarisch und langfristig aufgefangen werden. Dafür werden gezielte Maßnahmen zu Geschlechtergerechtigkeit und Förderung vulnerabler Gruppen wie Kinder, ältere Menschen oder Menschen mit Behinderungen in der internationalen Politik benötigt. Damit ärmere Länder überlebenswichtige Ausgaben für Ernährung, Gesundheit und soziale Sicherung tätigen können, braucht es einen spürbaren Schuldenerlass. Deutschland muss einen solchen Erlass nachdrücklich unterstützen und in Zukunft selbst deutlich mehr Mittel aufwenden als bislang geplant, um Armut und Hunger zu beenden. Mit dem Corona-Sofortprogramm stellt die Bundesregierung kurzfristig zusätzliche Gelder für Partnerländer im globalen Süden zur Verfügung. Das war ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Wir brauchen darüber hinaus auch eine verlässliche Finanzierung für die öffentliche Entwicklungszusammenarbeit, die nicht unter das Niveau des Bundeshaushalts 2021 sinkt.

Die Klimakrise erfordert eine ehrgeizigere Klimapolitik

Deutschland muss seiner Verantwortung als Mitverursacher der Klimakrise stärker gerecht werden. Wir begrüßen, dass die Bundesregierung ihre Klimaschutzvorhaben weiter verschärfen möchte und nun für Deutschland Treibhausgasneutralität bis 2045 anstrebt. Die bisherigen Maßnahmen und finanziellen Ressourcen reichen aber bei weitem nicht aus, um dieses Ziel zu erreichen. Deutschland muss in Sachen Emissionsminderung, Energiewende

und klimafreundlicher Landwirtschaft viel schneller vorankommen. Auch ohne höhere Zusagen für die internationale Klimafinanzierung können wir die Klimakrise nicht aufhalten. Wir fordern die Politik in Deutschland deshalb dazu auf, die Mittel für Klimaschutz und -anpassung in ärmeren Ländern auf jährlich acht Milliarden Euro zu steigern.

Wir brauchen ein nachhaltiges Wirtschaftsmodell

Unser Wirtschaftssystem basiert derzeit vor allem auf Wachstum und der Ausbeutung von Mensch und Natur. Die Lebensweise in Deutschland und anderen Industrienationen trägt wesentlich zur Aufrechterhaltung von Ungleichheit bei. Wenn wir ein menschenwürdiges Leben für alle Menschen und Generationen innerhalb der planetarischen Grenzen ermöglichen wollen, können wir nicht nur auf innovative Technologien und Effizienzsteigerungen setzen. Wir müssen auch unsere Konzepte von Wachstum und Wohlstand verändern und unseren Lebensstil sozial und ökologisch nachhaltig gestalten.

Der Wandel muss vor allem politisch vorangetrieben werden. Wir brauchen national und international verbindliche Regelungen zum Beispiel im Bereich Wirtschaft und Menschenrechte. Das vom Bundestag beschlossene Lieferkettengesetz ist ein wichtiger Anfang, auch wenn die gesetzlichen Regelungen noch Lücken aufweisen. Wir erwarten von der Politik hier nachzubessern und zugleich verbindliche europäische Regelungen zu unterstützen.

Auch mit den immensen Investitionen zur wirtschaftlichen Erholung nach der Corona-Krise müssen wir den sozialen und ökologischen Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft konsequent voranbringen. Um noch mehr öffentliche Mittel dafür zu mobilisieren brauchen wir zudem eine gerechtere Besteuerung von transnationalen Konzernen, von Finanztransaktionen und von großen Kapitalvermögen sowie effiziente Maßnahmen gegen Korruption

und Steuerflucht. Deutschland muss sich hier in Zukunft stärker engagieren und international abgestimmte Initiativen vorantreiben.

Die Bundesregierung muss die nationale Nachhaltigkeitsstrategie zu einem wirksamen Instrument des globalen sozial-ökologischen Wandels machen

In Deutschland bildet die nationale Nachhaltigkeitsstrategie den wesentlichen Rahmen für die Umsetzung der Agenda 2030. Wir begrüßen ihre Überarbeitung, die in diesem Jahr abgeschlossen wurde. Um die Erreichung der Nachhaltigkeitsziele global zu befördern, reicht die Orientierung an der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie aber nach wie vor nicht aus. Noch immer weist sie hinsichtlich der internationalen Dimensionen zu große Leerstellen auf. Zudem hat die Nachhaltigkeitsstrategie im politischen Handeln nicht den Stellenwert, der nötig wäre, um die vielfältigen Krisen zu bewältigen und konsequent an einem Übergang zu einer global nachhaltigen Lebens- und Wirtschaftsweise zu arbeiten. Damit sie zu einem wirksamen Instrument des Wandels wird, muss sich das Handeln aller Ressorts verbindlich und kohärent darauf ausrichten.

Die Nachhaltigkeitsprüfung sollte zu einer umfassenden und verbindlichen Nachhaltigkeitsgesetzesfolgenabschätzung ausgebaut werden. Auch die Rolle des Bundestags muss deutlich gestärkt werden. So sollte die Bundesregierung den Parlamentarischen Beirat für nachhaltige Entwicklung zum Ausschuss aufwerten und einen jährlichen Kohärenzbericht dem Bundestag zur Debatte vorlegen.

IMPRESSUM

Herausgeber

Verband Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe deutscher Nichtregierungsorganisationen e. V. (VENRO)
Stresemannstraße 72, 10963 Berlin
Telefon: 030/2 63 92 99-10
E-Mail: sekretariat@venro.org

Redaktion

Anke Kurat, Astrid Müller

Die Stellungnahme wurde im Rahmen des VENRO-Projekts Agenda 2030 entwickelt. Dieses wird gefördert durch ENGAGEMENT GLOBAL mit Mitteln des BMZ.

Inhaltliche Mitarbeit

Mira Ballmaier, Dr. Jürgen Focke, Lisa Hücking, Jan-Thilo Klimisch

Endredaktion

Janna Völker

Berlin, Juni 2021

Mit Mitteln des



Bundesministerium für
wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung